

**Öffentliche Niederschrift über die
3. Sitzung des Kreistages (11. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg
am 28.10.2019 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier.**

Beginn: **17:11** Uhr

Ende: **18:33** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Jens Ahnemüller

Herr Gerd Benz Müller

Herr Dirk Bootz

Herr Boris Bulitta

Herr Matthias Daleiden

Herr Jürgen Dixius

ab 17:24 Uhr (TOP 5)

Herr Markus Franzen

Frau Heike Gleißner

Herr Hartmut Heck

Herr Bernhard Henter

Frau Iris Hess

Herr Michael Holstein

Frau Christiane Junk-Kornbrust

Herr Safak Karacam

Herr Christian Kiefer

Herr Dieter Klever

Herr Sascha Kohlmann

Frau Alexandra Lehnen

Herr Markus Lehnen

Frau Dr. Kathrin Meß

Herr Stefan Metzdorf

Herr Paul Neumann

Frau Stephanie Nickels

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Herr Bruno Porten

Herr Lars Rieger

Herr Alfons Peter Rodens

Herr Lothar Rommelfanger

Herr Uwe Roßmann

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Frau Kathrin Schlöder

Herr Achim Schmitt

Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt

Frau Christine Schmitt

Herr Andreas Steier

Frau Kreisbeigeordnete Simone Thiel
Herr Markus Thul
Herr Joachim Trösch
Frau Nese Ünal
Frau Edith van Eijck
Herr Joachim Weber
Frau Lena Weber
Frau Martina Wehrheim
Herr Alfred Wirtz
Frau Stephanie Zehren

ab 17:18 Uhr (TOP 3)

bis 18:16 Uhr (TOP 13)

Verwaltung

Herr Joachim Christmann
Herr Christoph Fuchs
Frau Christine Inglen
Herr Mario Jägen

Leiter des Geschäftsbereichs II
Büroleiter
Abteilung 2 - Sitzungsdienst
Abteilung 6 - Finanzen und Kommunales (TOP 12)

Herr Andreas Müller

Abteilung 2 - Zentralabteilung
(TOP 2, 6)

Herr Thomas Müller
Herr Rolf Rauland
Herr Johannes Rausch

Pressestelle
Leiter des Geschäftsbereichs I
Abteilung 4 - Wirtschaft, Landwirtschaft und Weinbau (TOP 8)

Frau Hannah Schmitz
Herr Stephan Schmitz-Wenzel
Herr Alois Zehren

Pressestelle
Leiter des Geschäftsbereichs III
Abteilungsleiter Abteilung 6 - Finanzen und Kommunales (TOP 12)

Gäste

Herr Albert Follmann

Trierischer Volksfreund (TOP 3 - TOP 14.2)

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Wolfgang Benter
Herr Kaspar Portz
Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Landrat **Schartz** eröffnet die Sitzung des Kreistages und begrüßt die Mitglieder des Kreistages, die Vertreter der Medien, die Gäste sowie die Mitarbeiter der Verwaltung.

Die zur Unterzeichnung bestimmten Kreistagsmitglieder, Frau Alexandra Lehnen sowie Herr Uwe Roßmann sind anwesend.

Einwendung gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Vor Eintritt in den zweiten Teil der öffentlichen Sitzung (ab TOP 3) teilt Landrat **Schartz** mit, dass es einen Antrag zur Tagesordnung gegeben habe. Es handele sich hierbei um die gemeinsam von der Bündnis 90/ Die Grünen- und Die Linke-Fraktion eingereichte „Resolution des Kreistages Trier-Saarburg gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus - Aufruf zur Zivilcourage und Solidaritätsbekundung für die Jüdische Kultusgemeinde in Trier sowie alle jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger unseres Kreises“.

Der **Kreistag** beschließt einstimmig die Tagesordnung um diese Resolution zu erweitern. Er wird als neuer Tagesordnungspunkt 5 geführt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschließt der **Kreistag** die Tagesordnungspunkte 9.2 und 9.3 von der Tagesordnung zu nehmen, da keine Wahlvorschläge zu diesen Vorlagen vorliegen. Der Tagesordnungspunkt 9.2 wird nach Beschluss des Kreistages später in der Sitzung wieder als neuer Tagesordnungspunkt 11.1 auf die Tagesordnung aufgenommen.

Unter dem Tagespunkt 9 „Nachwahlen“ macht der **Landrat** deutlich, dass Die Linke-Kreistagsfraktion sich gerne über eine Besetzung einer noch offenen Stelle beraten dürfe. Allerdings müsse die Kreistagsfraktion den Tagesordnungspunkt für eine der nächsten Kreistagssitzungen beantragen, um den Sitzungsablauf nicht zu verzögern.

Es bestehen keine weiteren Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Einführung und Verpflichtung von neuen Kreistagsmitgliedern
3. Mitteilungen des Landrates
4. Einwohnerfragestunde
5. Resolution des Kreistages Trier-Saarburg gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus - Aufruf zur Zivilcourage und Solidaritätsbekundung für die Jüdische Kultusgemeinde in Trier sowie alle jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger unseres Kreises
6. Auftragsangelegenheiten
 - 6.1. Auftragsvergabe Erneuerung Firewall Hardware und Lizenz
Vorlage: 0321/2019/1
7. Bildung eines Seniorenbeirates für den Landkreis Trier-Saarburg
Vorlage: 0258/2019/1
8. Breitbandausbau im Landkreis; FTTB-Überbau der zwischenzeitlich FTTC-erschlossenen Adressen in verschiedenen Gemeinden
Vorlage: 0211/2019/1
9. Nachwahlen
 - 9.1. Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 0277/2019
10. Berufung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Sozialgerichtsbarkeit Rheinland-Pfalz
Vorlage: 0259/2019
11. Nachwahlen
Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Kreisausschuss
 - 11.1 Vorlage: 0278/2019
12. Antrag der SPD-Fraktion vom 07.05.2019 zum Haushalt 2019: „Umlagensenkung“
Vorlage: 0160/2019
13. Ausschreibung des Linienbündels Saargau
Vorlage: 0319/2019/1

14. Informationen und Anfragen

- 14.1 Unterrichtung des Kreistages nach § 26 Abs. 2 Landkreisordnung; Verträge des Landkreises mit Mitgliedern des Kreistages und seiner Ausschüsse sowie Bediensteten der Kreisverwaltung
Vorlage: 0239/2019**

- 14.2 Weitere Informationen und Anfragen**

1. **Einführung und Verpflichtung von neuen Kreistagsmitgliedern**

Protokoll:

Der **Landrat** verpflichtet das Kreistagsmitglied **van Eijck** (SPD) durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten. Er weist auf die Rechte und Pflichten der Kreistagsmitglieder hin, insbesondere auf die Antrags- und Rederechte, das Recht der Bildung von Fraktionen, sowie die Vorschriften über die Mandatsausübung (§23 Abs. 1 und 2 LKO), die Schweige- und Treuepflicht (§§14 und 15 LKO) und das Verbot der Mitwirkung bei der sogenannten Befangenheit (§16 LKO).

3. **Mitteilungen des Landrates**

Protokoll:

Der **Vorsitzende** trägt die als Tischvorlage zur Verfügung gestellten Mitteilungen des Landrates vor. Überdies informiert Landrat **Schartz** über die tags zuvor stattgefundene Wahl zum Beirat für Migration und Integration.

Es bestehen keine Fragen seitens des **Kreistages**. Er nimmt die Informationen zur Kenntnis.

4. **Einwohnerfragestunde**

Protokoll:

Es liegen keine Fragen durch Einwohner vor.

5. **Resolution des Kreistages Trier-Saarburg gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus - Aufruf zur Zivilcourage und Solidaritätsbekundung für die Jüdische Kultusgemeinde in Trier sowie alle jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger unseres Kreises**

Protokoll:

Der **Landrat** weist daraufhin, dass kurzfristig die gemeinsame Resolution der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke eingegangen sei. Der Vorfall in Halle sei sehr bedauerlich und tragisch. Es sei ein wichtiges Zeichen, dass der Landkreis Trier-Saarburg zu diesem Thema seine Meinung mit der vorliegenden Resolution artikuliere.

Der **Vorsitzende** bittet die **Anwesenden** um eine Gedenkminute in Erinnerung an die Opfer des Vorfalls in Halle.

Es bestehen keine Wortmeldungen seitens des **Kreistages**. Sodann fasst

er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag Trier-Saarburg beschließt die „Resolution gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus – Aufruf zur Zivilcourage und Solidaritätsbekundung für die Jüdische Kultusgemeinde in Trier sowie alle jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger unseres Kreises“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Auftragsangelegenheiten

**6.1. Auftragsvergabe Erneuerung Firewall Hardware und Lizenz
Vorlage: 0321/2019/1**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, der Firma Niederprüm und Gerard GbR in Bitburg, den Auftrag zur Lieferung der neuen Firewall Hardware und Software Lizenz über 35.454,86 € zu erteilen. Auftragsgrundlage ist die beschränkte Ausschreibung (Submission vom 02.10.2019).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

**7. Bildung eines Seniorenbeirates für den Landkreis Trier-Saarburg
Vorlage: 0258/2019/1**

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Kreistagsmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) äußert ihren Wunsch nach einer Interessensvertretung der Jugend, der Behinderten und der Frauen. Die Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion werde dazu in der nächsten Zeit einen schriftlichen Antrag einreichen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich in der vergangenen Wahlperiode der Ausschuss für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration

mit diesem Thema befasst habe. Dieser Ausschuss bestehe in der aktuellen Wahlperiode fort.

Die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) schließt sich dem Wunsch ihrer Vorrednerin an.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

1. Der Kreistag beschließt die „Satzung des Landkreises Trier-Saarburg über die Bildung eines Seniorenbeirats“.
2. Der Kreistag ermächtigt den Kreisausschuss, die Mitglieder des Seniorenbeirates auszuwählen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 40 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen

**8. Breitbandausbau im Landkreis; FTTB-Überbau der zwischenzeitlich FTTC-erschlossenen Adressen in verschiedenen Gemeinden
Vorlage: 0211/2019/1**

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Auf Nachfrage von der Fraktionsvorsitzenden **Dr. Meß** (Die Linke), erklärt der **Landrat**, dass die Netzbetreiber gewisse Netzrechte haben. Im Falle des Landkreises sei die Deutsche Telekom AG der Netzbetreiber und der Auftragnehmer die Firma innogy TelNet GmbH. Er versichere, wo Disparitäten auftreten, könne geschaut werden, ob dort Abhilfe geschaffen werden könne.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied **Porten** (FWG), geht Landrat **Schartz** auf die einzuhaltenden Fristen der Netzbetreiber ein.

Kreistagsmitglied **Rodens** (CDU) spricht sich dafür aus, die Fördermittelgeber des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz darauf hinzuweisen, dass die Vorgehensweise bei der Vectoring-Technologie nicht rechtens sein könne. Im Verbandsgemeinderat Schweich sei in seiner letzten Sitzung über die weitere Vorgehensweise beraten worden.

Der **Landrat** stellt dar, dass die Fördermittelgeber die Herausforderungen bei den neuen Technologien kennen. Es seien weitere Ausbauprogramme absehbar.

Die Diskussion drehe sich um das Ausbauprogramm von 2016, so Kreistagsmitglied **Steier** (CDU). Der Bund sei dabei die Megabit-Anschlüsse

voranzutreiben. Der Ausbau der Vectoring-Technologie sei nicht bei jedem Haushalt möglich.

Nach einem kurzen Beitrag von der Fraktionsvorsitzenden **Dr. Meß** (Die Linke), moniert der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU), dass zu diesem Tagesordnungspunkt keine Rederunde vereinbart wurde. Die Beratungen zu den Tagesordnungspunkten seien für die Sitzungen des Kreisausschusses vorgesehen.

Der **Vorsitzende** fügt hinzu, wenn vermehrt Redebedarf zu einzelnen Tagesordnungspunkten bestehe, können jeweils weitere Redezeiten für den Kreistag im Kreisausschuss beschlossen werden.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Kreisausschusses, den FTTB¹-Überbau der inzwischen ausgebauten FTTC²-Adressen in den Gemeinden Fell, Zerf, Beuren(Hochwald), Neuhütten, Nittel, Wincheringen, Igel, Newel, Ralingen-Edingen und Welschbillig durch die Firma innogy TelNet GmbH durchzuführen.

Die Auftragsänderung während der Vertragslaufzeit steht unter dem Vorbehalt, dass sich der FTTB-Überbau als gesamtwirtschaftlich darstellbar bzw. finanzierbar erweist. Von einer Unwirtschaftlichkeit des gegenständlichen FTTB-Überbaus ist insbesondere dann auszugehen, wenn die durch den Landkreis avisierten Fördermittel von Bund und Land - gleich aus welchem Grund – nicht in dem geplanten Umfang akquiriert werden können. Die nicht gedeckten Kosten (Eigenanteil) sollen gem. dem aktuellen öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Zusammenarbeit zum Ausbau des Breitbandnetzes im Landkreis Trier-Saarburg hin zu einem Hochgeschwindigkeitsnetz (NGA- Netz) je zur Hälfte vom Kreis und den Verbandsgemeinden getragen werden.

Gleichzeitig stimmt der Kreistag der Auftragsvergabe für den FTTB-Überbau im Haushaltsjahr 2019 unter Berücksichtigung der angestrebten Bundes- und Landesförderung und dem erforderlichen Eigenfinanzierungsanteil i. H. v. ca. 240.000 Euro zu. Für die Erhöhung des Auftragsvolumens wird in 2019 eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung benötigt, da die Auftragsvergabe in 2019 erfolgt, die Auszahlung der Mittel im Haushaltsjahr 2020. Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt aus nicht benötigten Verpflichtungsermächtigungen des TH 7. Für den Kita-Ausbau waren Mittel in Höhe von 1,6 Mio. € veranschlagt. Aufgrund von Änderungen in der Planung der Orts- und Verbandsgemeinden bzw. planerischer oder fördertechnischer Hemmnisse werden rd. 1 Mio. € an Verpflichtungsermächtigung 2019 nicht benötigt.

Die notwendigen Mittel 2020 werden bei der Haushaltsplanung als Auszahlungsansatz bei der Maßnahme Breitbandausbau veranschlagt.

¹ FTTB = fibre to the basement (Glasfaser bis ins Gebäude)

² FTTC = fibre to the curb (Glasfaser bis zum Kabelverzweiger)

Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 46 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

9. Nachwahlen

9.1. Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss; Vorlage: 0277/2019

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Die **SPD-Kreistagsfraktion** schlägt für die noch offene Besetzung des Jugendhilfeausschusses Herrn Frank Helbing von der Johanniter Unfallhilfe e.V. vor.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, in gemeinsamer und offener Abstimmung über die nachstehenden Wahlen der gesamten Kreistagssitzung zu entscheiden, soweit keine geheime Wahl auf Wunsch des Kreistages durchgeführt werden sollte. Der **Kreistag** stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Der Wahlvorschlag wird einstimmig beschlossen. Demnach ist gewählt:

SPD-Fraktion:
Frank Helbing

Beschluss:

Der Kreistag wählt ein Mitglied für den Jugendhilfeausschuss auf Grund des Vorschlages der SPD-Kreistagsfraktion.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10. Berufung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Sozialgerichtsbarkeit Rheinland-Pfalz; Vorlage: 0259/2019

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Folgend verweist der **Landrat** auf die vorliegenden Wahlvorschläge. Auf Rückfrage wird für die CDU-Kreistagsfraktion Herrn Sascha Kohlmann ergänzt.

Die Wahlvorschläge werden einstimmig beschlossen. Demnach sind gewählt:

CDU-Fraktion:

Sascha Kohlmann

SPD-Fraktion:

Matthias Wagner

Bündnis 90/ Die Grünen:

Elke Winnikes

FWG-Fraktion:

Kathrin Schlöder

Beschluss:

Der Kreistag wählt auf Vorschlag die benannten Personen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

11. Nachwahlen

11.1. Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes für den Kreisausschuss Vorlage: 0278/2019

Protokoll:

Der **Landrat** ruft den Tagesordnungspunkt mit Verweis auf die Vorlage erneut auf.

Die **Linke-Kreistagsfraktion** schlägt Herrn Alfred Wirtz zur Besetzung der noch offenen Stelle als stellvertretendes Mitglied vor.

Der Wahlvorschlag wird einstimmig beschlossen. Demnach ist gewählt:

Die Linke-Fraktion:

Alfred Wirtz

Beschluss:

Der Kreistag wählt ein stellvertretendes Mitglied für den Kreisausschuss auf Grund des Vorschlages der „Die Linke“-Kreistagsfraktion.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

12. Antrag der SPD-Fraktion vom 07.05.2019 zum Haushalt 2019: „Umlagensenkung“; Vorlage: 0160/2019

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung und weist auf die vereinbarten Redezeiten gemäß der Geschäftsordnung des Kreistages Trier-Saarburg zu diesem Tagesordnungspunkt hin.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) schildert den Hintergrund der Antragsstellung, der auf den 07.05.2019 datiert sei. Insbesondere geht sie darauf ein, dass mit dem Abschluss des Kreishaushaltes 2018 festgestellt worden sei, dass es einen finanziellen Überschuss gegeben habe. Die Begründung in der Verschiebung des Antrages auf die heutige Sitzung liege daran, dass im Laufe des Jahres ein Nachtragshaushalt bezüglich des Kreiskrankenhauses in Saarburg im Raum gestanden habe. Sie sei enttäuscht von der Zusammenarbeit mit dem Landrat, der als Vorsitzender die Tagesordnungen der Gremiensitzungen festlege. Bei einem Gesamtkreishaushaltsvolumen von über 200 Millionen Euro, sei eine Umlagensenkung nach den Vorstellungen der SPD-Kreistagsfraktion vorstellbar. Es gehe um die Stärkung der Ortsgemeinden im Landkreis Trier-Saarburg. Es sei eine einmalige Chance gewesen, ein Zeichen zu setzen, um den Ortsgemeinden einen kleinen finanziellen Betrag zurückzugeben. Schuldzuweisungen helfen an dieser Stelle nicht weiter. Der Kreistag zeige durch die gefassten Beschlüsse, welchen Wert er welchen Themen bemesse. Sie fordere die Mitglieder des Kreistages dazu auf, Solidarität mit den Ortsgemeinden zu zeigen. Es müsse beraten werden, wie diese Umlagensenkung gegenfinanziert werden könne.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) geht zu Beginn seiner Ausführungen auf die Historie der Entwicklung der Kreisumlage ein. Er erwähnt, den Kreistagsbeschluss zum Kreishaushalt 2018 aus der Kreistagssitzung vom 11.12.2017 (Vorlagen-Nummer: 0459/2017/1), der von der ADD Trier beanstandet worden sei. Mit diesem Kreistagsbeschluss habe sich der Landkreis zu den rechtlichen Bedingungen der ADD verpflichtet. Die CDU-Kreistagsfraktion halte diese Absprachen ein.

Die Haushaltsentwicklung sei nicht so negativ wie sie von den Behörden (ADD Trier und Kreisverwaltung) prognostiziert worden sei. In aller Deutlichkeit wolle er festhalten, dass 44 Prozent Kreisumlage ein sehr hoher Wert sei. Die Ortsgemeinden müssten verschont bleiben vor weiteren Erhöhungen, um ihre Aufgaben weiterhin ausführen zu können. Er kritisiere den Satz aus der Vorlage bezüglich des Ergebnishaushaltes 2018, worin gesagt werde, dass der Landkreis zur Tilgung seiner Liquiditätskredite auf die Ortsgemeinden zurückgreifen kann bzw. muss, wenn der Finanzrahmen dies zulasse. Er verweise auf das Landesfinanzausgleichsgesetz des Landes Rheinland-Pfalz. Darin stehe, dass sich die Gemeinden über das Land finanzieren. Sehr viele Gemeinden im Landkreis weisen einen defizitären Gemeindehaushalt auf. Bei der anstehenden Kreishaushaltsplanung 2020 könne wieder über die Kreisumlage gesprochen werden. Die CDU-Kreistagsfraktion spreche sich gegen eine Kreisumlagensenkung aus wie sie von der SPD-Kreistagsfraktion beantragt worden sei.

Der vorliegende Antrag vom 07.05.2019 sei ohne jegliche Begründung gestellt worden, so der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen). Bereits in der Kreistagssitzung im Mai sei über diesen Antrag beraten worden. Die Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion habe ihm schon damals ablehnend gegenüber gestanden. Im Rahmen der Gespräche zur Haushaltsgenehmigung für das Jahr 2019 sei ein Kompromiss erzielt worden, der einzuhalten sei. Ein Gegenwirken würde für künftige Haushaltsgenehmigungen Probleme herbeiführen. Die Beratungen über diesen Antrag wären nichtig gewesen, wenn der Kreistag dem Vorschlag der Kreisverwaltung und der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion gefolgt sei. Die Kreisumlagensenkung in der Vergangenheit sei fatal gewesen. Im Anschluss musste sie nach den Beratungen mit der ADD Trier wieder erhöht werden. Die Bündnis 90/ Die Grünen- Kreistagsfraktion stimme dem vorliegenden Antrag nicht zu. Dennoch sei sie jederzeit dazu bereit, das Thema Umlage für die kommenden Kreishaushaltsgespräche wieder aufzugreifen.

Die FWG- Kreistagsfraktion könne dem Antrag nicht zustimmen, so der Fraktionsvorsitzende **Daleiden** (FWG). Die Realität, also die schwierige finanzielle Situation des Landkreises Trier-Saarburg sei darin nicht ausreichend abgebildet. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion sei nicht zufällig so kurz vor den Kommunalwahlen im Mai gestellt worden. Er kritisiere die Aussagen der Fraktionsvorsitzenden Sahler-Fesel (SPD) vor dem Kreisausschuss, dass es nicht sein könne, dass die Ortsgemeinden an den Verlustbeträgen des Kreiskrankenhauses beteiligt werden. Es wäre fatal eine Umlagensenkung im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsgespräche mit der ADD Trier zu beschließen. Unter diesen Umständen würde die ADD Trier dem Kreishaushalt 2020 vermutlich nicht zustimmen. Dennoch sei der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ehrenwert. Die FWG-Kreistagsfraktion warne bezüglich der aktuellen Kreishaushaltsplanung davor, eine Umlagenerhöhung in Erwägung zu ziehen.

Kreistagsmitglied **Junk-Kornbrust** (AfD) erläutere, dass sie ihrem Vorredner zustimmen könne. Der Antrag sei zwar ehrenwert, allerdings müssten in der Quintessenz die finanziellen Mittel anderen Prioritäten zugeführt werden. Eine Senkung sei ein falsches Signal an die Ortsgemeinden, da dadurch an anderer Stelle im Kreishaushalt Positionen erhöht werden müsse. Die AfD-Kreistagsfraktion könne dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

Aus all den mannigfaltig genannten Gründen seiner Vorredner könne die FDP-Kreistagsfraktion dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion nicht zustimmen, so der Fraktionsvorsitzende **Piedmont** (FDP).

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) bringe an, dass der Umlagenbeschluss zum Kreishaushalt 2018 richtig gewesen sei, da dies den Ortsgemeinden zugute gekommen sei.

Dem Antrag unter Vorbehalt zustimmen könne Die Linke-Kreistagsfraktion,

so die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke). Umlagenerhöhungen bedeuteten eine Verschärfung der finanziellen Situation der Ortsgemeinden.

Kreistagsmitglied **Trösch** (BfB) könne dem Antrag aus der Vorlage nicht zustimmen, da die aktuelle Gesetzeslage dagegen spreche. Außerdem dürfe sich der Landkreis nicht weiter verschulden.

Der **Landrat** schildert am Schluss der Redebeiträge, dass zurzeit ein Prozent einer Umlagensenkung rund 1,5 Millionen Euro ausmachen würden. Es lägen Klagen bezüglich der Landesfinanzen beim rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichtshof und beim Bundesverfassungsgericht vor. Diese blieben abzuwarten. Ziel müsse im Allgemeinen sein, dauerhaft genehmigungsfähige Kreishaushalte auf den Weg zu bringen. Falls eine Umlagensenkung in der heutigen Sitzung beschlossen werde, sei es absehbar, dass kurz- und mittelfristig wieder eine Umlagenerhöhung beschlossen werden müsse. Dadurch werde der Kreishaushalt verschlechtert und bei den Ortsgemeinden seien Streugewinne in Kleinbeträgen zu verzeichnen. Eine langfristige Kreishaushaltsplanung sei zielführender. Zur angesprochenen Solidarität mit den Ortsgemeinden könne er sagen, dass der Landkreis Träger von fast 80 Kindertagesstätten, Schulen und sozialen Einrichtungen sei, die er finanzieren müsse. Hinweisen möchte er auf besondere Punkte im Kreishaushalt 2020, insbesondere auf die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und des Kindertagesstättengesetzes. Als Landrat könne er nicht sagen, wenn es dem Landkreis finanziell gut gehe, dass diese Mittel sofort wieder ausgegeben werden müssten. Es müsse für künftige Zeiten vorgesorgt werden.

Nicht unerwähnt lassen wolle er den Vorstoß, dass aus Luxemburg Einkommenssteueranteile an die deutsche Seite bezahlt werden sollten. Dieses Thema gehöre zwar zur großpolitischen Lage, aber bei Betrachtung von Vergleichszahlen zu Zahlungen von Luxemburg an Belgien, müsse ein öffentlicher Diskurs geführt werden. Allerdings wolle er nicht auf das Prinzip Hoffnung bauen.

Er bitte um Verständnis bei der Gesamtbetrachtung der Kreishaushalte, trotz so manchem Ärgernis in den letzten Monaten. Die Kreiskrankenhausfinanzierung gehöre zu den Pflichtaufgaben des Landkreises.

Der **Landrat** schlage aus den genannten Gründen vor, den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abzulehnen. Er verstehe das grundsätzliche Anliegen des Antrags, andererseits sei dieser sachlich nicht begründbar.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt eine Rücknahme der für das Haushaltsjahr 2019 beschlossenen Umlagenerhöhung von 1,5 Prozentpunkten und eine zusätzliche Reduzierung der Umlage um weitere 1,5 Prozentpunkte.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 34 Nein-Stimmen, 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

13. **Ausschreibung des Linienbündels Saargau;**
Vorlage: 0319/2019/1

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Die Verwaltung blicke positiv auf den Start der Ausschreibung und erwarte eine Menge preisgünstige Angebote, die preisgünstig sein werden. Nicht abzusehen sei das Ergebnis der Ausschreibung.

Seitens des **Kreistages** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Ausschreibung von Verkehrsleistungen entsprechend der Vorabbekanntmachung für das Linienbündel „Saargau“ durch den ZV VRT.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

14. **Informationen und Anfragen**

14.1. **Unterrichtung des Kreistages nach § 26 Abs. 2 Landkreisordnung;**
Verträge des Landkreises mit Mitgliedern des Kreistages und seiner
Ausschüsse sowie Bediensteten der Kreisverwaltung
Vorlage: 0239/2019

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

14.2. **Weitere Informationen und Anfragen**

Protokoll:

Landrat **Schartz** weist darauf hin, dass ihm weder Informationen noch Anfragen vorliegen.

Auf Nachfrage des Kreistagsmitgliedes **Rommelfanger** (SPD) nach dem Stand der Umsetzung des Digitalpaktes an kreiseigenen Schulen, antwortet der **Landrat**, dass entsprechende Leistungen im Kreishaushaltsplan 2020 vermerkt seien. In den nächsten Jahren seien die Beträge in den Investitionsprogrammen enthalten. In der Sitzung des Schulträgerausschusses

ses am 13.11.2019 werde es einen Beratungsgegenstand zu dieser Thematik geben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Günther Scharz)
Landrat

(Andreas Reichert)